

Stefan Fuchs

Gesellschaft ohne Kinder

Woran die neue Familienpolitik
scheitert

 Springer VS

Stefan Fuchs

Gesellschaft ohne Kinder

Woran die neue Familienpolitik
scheitert

 Springer VS

Gesellschaft ohne Kinder

Stefan Fuchs

Gesellschaft ohne Kinder

Woran die neue
Familienpolitik scheitert

Stefan Fuchs
Bonn, Deutschland

ISBN 978-3-658-03389-7
DOI 10.1007/978-3-658-03390-3

ISBN 978-3-658-03390-3 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Lektorat: Verena Metzger, Monika Mülhausen

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-vs.de

Inhalt

Kann die nachhaltige Familienpolitik ihr Ziel einer Geburtenrate von 1,7 Kindern pro Frau erreichen?	9
I „Nachhaltige Familienpolitik“ – Defamilialisierung als Paradigmenwechsel	23
I.1 Pronatalismus – vom Tabu zum regierungsoffiziellen Ziel	23
I.2 Der diskurspolitische Erfolg der „nachhaltigen Familienpolitik“	40
I.3 „Nachhaltige Familienpolitik“ – Konzeption und Instrumente	47
I.4 Der Paradigmenwechsel – im Kontrast mit der früheren Familienpolitik	52
I.5 Leitbildwandel: Müttererwerbstätigkeit und Institutionenkindheit	66
I.6 Kinderbetreuungskulturen in Ost- und Westdeutschland	75
I.7 Das verabschiedete Leitbild: Familiäre Arbeitsteilung und Familienlohn	85
I.8 Irr- und Sonderweg? Die Geißlersche Konzeption der Familienpolitik	95
I.9 Konkurrierende Leitbilder und der Siegeszug der Defamilialisierung	107
II Fertilitätshemmnis „Familialismus“? Versuche, die niedrige Fertilität in Deutschland zu erklären, auf dem Prüfstand	123
II.1 Geburtenmangel durch Kinderlosigkeit? Fertilität und Kinderlosigkeit im historischen und internationalen Vergleich	123

II.2	Opportunitätskosten und Investition in Humankapital – die niedrige Fertilität in Deutschland aus der Sicht der Vordenker der „nachhaltigen Familienpolitik“	128
II.3	Präferenzen, Lebensstile und Hindernisse der Familiengründung	135
II.4	Fertilitätsbremse „Familialismus“? Der Denkansatz von J. Huinink	144
II.5	Lebensformen, Ehe und Fertilität	151
II.6	Erwerbstätigkeit und Fertilität	171
II.7	„Familialismus“ und „Modernität“ – Einstellungen in Europa	194
III	Kulturelle Defamilialisierung in (post)industriellen Gesellschaften	205
III.1	Der Zweite Demographische Übergang als Lebensformenrevolution	205
III.2	Die soziale und kulturelle Revolution des späten 20. Jahrhunderts	215
III.3	Voraussetzungen des Kulturwandels zum „SDT-Regime“	228
III.4	Das „starke Familiensystem“ – Erklärung niedriger Geburtenniveaus?	232
IV	Individuelle Biographien und kollektive Entwicklungspfade: die historische Kontingenz der niedrigen Fertilität in Deutschland	243
IV.1	Suche nach Bestimmungsfaktoren niedriger Fertilität	243
IV.2	„Soziale Vererbung“ des Kinderwunsches und der Geburtenneigung	250
IV.3	Partnerschaftsbiographien	254
IV.4	Pfadabhängige niedrige Fertilität in Deutschland	263
V	Führt die „nachhaltige Familienpolitik“ zu höherer Fertilität?	285
V.1	Welche Kinderzahlen sind für eine Geburtenrate von 1,7 notwendig?	285
V.2	Familienmodelle, politische Präferenzen und Interessenkonflikte	288
V.3	Kinderwünsche, Lebensplanungen und die Chancen von Familienpolitik	294
V.4	Lebensentwürfe und die „Kultur der niedrigen Fertilität“	301

V.5 Wertewandel und Leitbilder der Familienpolitik	306
V.6 Wirkungen des Paradigmenwechsels – Evaluation des Elterngelds	316
V.7 Fertilität und Wohlfahrt – wozu mehr Kinder?	343
V.8 Erwerbstätigkeit, Betreuungsinfrastruktur und Zeitpolitik	352
Fazit: Chancen und Grenzen einer „bevölkerungsorientierten“ Familienpolitik	363
Quellen- und Literaturverzeichnis	385

Kann die nachhaltige Familienpolitik ihr Ziel einer Geburtenrate von 1,7 Kindern pro Frau erreichen?

Ausgangspunkt dieses Werkes ist der von Renate Schmidt (SPD) eingeleitete Paradigmenwechsel zur „nachhaltigen“ Familienpolitik. Am Anfang der neuen Politik stand, wie es 2005 in einem programmatischen Aufsatz hieß, der „ernüchternde Blick auf eine wenig erfreuliche Bilanz“: Eine „geringe Geburtenrate geht einher mit niedriger Frauenerwerbstätigkeit, ein schwaches Bildungsniveau mit gewachsenen Armutsrisiken“¹. An diesen Problemlagen zeigte sich für Renate Schmidt und ihre Mitstreiter das Scheitern der bisherigen Familienpolitik². Eine „nachhaltige“ Familienpolitik musste nach ihrer Überzeugungen den bisherigen Pfad der Familienpolitik verlassen und „neue Wege“ gehen³. Ihr zentrales Anliegen war dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die wiederum der Erwerbstätigkeit von Frauen, der Prävention von Kinderarmut, der Erziehungskompetenz, dem Bildungsniveau und der Geburtenförderung zu Gute kommen sollte⁴. Quantifi-

-
- 1 Malte Ristau: Der ökonomische Charme der Familie, *Der ökonomische Charme der Familie*, S. 18–24, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte – 23-24/2005*, S. 17–18.
 - 2 Diese Sichtweise ist auch in der Publizistik weit verbreitet. Exemplarisch dafür: „Welche Typisierung wir im internationalen Vergleich auch wählen, ob wir die unterschiedlichen Familienpolitiken unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit [...] oder nur an der demographischen Entwicklung oder der ökonomischen Effizienz [...] messen, die westdeutsche Familienpolitik hat vorwiegend negative Bilanzen und Versäumnisse vorzuweisen.“ Ute Gerhard: *Die neue Geschlechter(un)ordnung: Eine feministische Perspektive auf die Familie*, S. 194–213, in: *Feministische Studien 2/2010*, S. 201.
 - 3 Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, XXIII–XXXV, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*. Siebter Familienbericht, Bundestagsdrucksache 16/1360, Berlin 2006, XXXV. Im Folgenden wird die Stellungnahme immer zitiert als „Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Familienbericht“.
 - 4 Vgl.: Malte Ristau: *Der ökonomische Charme der Familie*, a. a. O., S. 18.

zierbare Zielvorgaben sollten den „Erfolg oder Misserfolg“ der Politik messbar machen und die Akteure unter „Erfolgsdruck“ setzen⁵.

Unmittelbare Folgen hatte diese Strategie für den Ausbau der Kinderbetreuung, den die Bundesregierung 2007 mit der Krippenoffensive (750 000 Plätze bis 2013) vorantrieb. Der Betreuungsausbau war aber nur ein, wenn auch zentraler, Baustein eines Paradigmenwechsels, der die Ziele, Aufgaben und Instrumente der Familienpolitik neu ausrichtete. Kennzeichnend für den Politikwechsel ist das Verschwinden des Familienlastenausgleich aus der politischen Programmatik: Bis dahin galt es als die Aufgabe der Familienpolitik, Lasten zwischen Eltern und Kinderlosen im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem auszugleichen. Dieses über Jahrzehnte zentrale Ziel der Familienpolitik ist aus dem Bewusstsein von Politik und Medien verschwunden, wodurch sich die Perspektive auf familienpolitischen (Geld)Leistungen grundlegend verändert hat: Sie gelten nun nicht mehr als Beitrag zur Lastengerechtigkeit, sondern als „Subventionen“, deren „Ineffektivität“ nicht zuletzt die niedrige Geburtenrate belege. Bis vor einer Dekade wurde es gar nicht als Zweck solcher Leistungen angesehen, Geburten zu fördern; ganz im Gegenteil galt jede Form des „Pronatalismus“ in Politik, Medien und auch der Sozialforschung als illegitim. Noch im Jahr 2002 verneinte das Bundesfamilienministerium entschieden, dass Familienpolitik dem Ziel der Geburtenförderung diene. Die Bundesrepublik dürfe keine „Bevölkerungspolitik“ betreiben, lautete der nahezu unbestrittene Standpunkt der Bundesregierung⁶.

Mit diesem Tabu brach die Familienpolitik erst in der Amtszeit von Renate Schmidt: Seitdem wird zwar nicht von „Bevölkerungspolitik“, wohl aber von „be-

5 Ebd., S. 22.

6 Exemplarisch zeigen diesen Kurswechsel die Beiträge des Bundesfamilienministeriums zu den Jahrestagungen 2001 und 2005 der Deutschen Gesellschaft für Demographie. Noch 2001 wehrte sich das Bundesfamilienministerium in seinem „Grüßwort“ gegen eine öffentliche Debatte, die geringe Geburtenrate beklage und den Eindruck erwecke, „schon mit einer Steigerung der Geburtenrate könnten viele Probleme gelöst werden“. Die Familienförderung werde in dieser Diskussion „kurzschlüssig für eine Bevölkerungspolitik in Anspruch genommen“. Elisabeth Haines: Grüßwort des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 7–11, in: Jürgen Dorbritz/Johannes Otto (Hrsg.): Familienpolitik und Familienstrukturen, Ergebnisse der gemeinsamen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie, Berlin, 21.–23. Juni 2001, Wiesbaden, 2002, S. 7. Im Jahr 2005 hieß es dagegen: „Deutschland braucht für eine aktive Bevölkerungsentwicklung mehr Kinder [...]. Das hat nichts mit Bevölkerungspolitik unsäglicher Zeiten zu tun.“ Renate Schmidt: Nachhaltige Familienpolitik – für eine Zukunft mit Kindern, S. 13–19, in: Jürgen Flöthmann/Charlotte Höhn (Hrsg.): Wege zu einer erfolgreichen Familien- und Bevölkerungspolitik. Schriftenreihe der DGD, Norderstedt 2007, S. 14–15.

völkerungsorientierter Familienpolitik“ gesprochen⁷. Renate Schmidt begründete diesen geradezu revolutionären Kurswechsel damit, dass Deutschland „für eine aktive Bevölkerungsentwicklung mehr Kinder“ brauche. In der Stellungnahme zum 7. Familienbericht (2006) hieß es dazu unmissverständlich: „Was wir brauchen, ist eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung für unser wirtschaftliches Wachstum und für die nachhaltige Stabilisierung der Grundlagen sozialer Sicherheit“. Stabilität und Wachstum in Staat und Wirtschaft seien „auch das Ergebnis einer erfolgreichen Familienpolitik“, die in „die Mitte der politischen Auseinandersetzung in den nächsten Jahren“ gehöre. Erklärtes Ziel ist es, „mehr Kinder in die Familien und mehr Familien in die Gesellschaft zu bringen“⁸. Die „Nachhaltigkeit“ der Politik sollte sich deshalb „auch am Ziel der Geburtenentwicklung messen lassen“⁹. Im Vergleich zu anderen Zielen der „nachhaltigen Familienpolitik“, insbesondere einer besseren Erziehung und Bildung, ist die Fertilität eine gut messbare Größe. Folgerichtig formulierte das Bundesfamilienministerium für das Geburtenniveau ein konkretes Ziel: Bis zum Jahr 2015 sollte die Geburtenrate auf ein Niveau von 1,7 Kindern pro Frau steigen – dieses 2004 von Eckhard Bomsdorf entworfene Szenario hatte sich die Bundesregierung als Zielvorgabe zu eigen gemacht¹⁰. Um diesen pronatalistischen Anspruch der „nachhaltigen“ Familienpolitik geht es in dieser Arbeit: *Sie fragt danach, inwieweit die „nachhaltige“ Familienpolitik die Geburtenneigung fördern kann und ihrem Ziel einer Geburtenrate von 1,7 Kindern pro Frau näher gekommen ist.*

Die Arbeit lässt sich als eine „Politikfeldevaluation“ charakterisieren. Während Politikfeldanalysen üblicherweise bessere Problemlösungen identifizieren wollen, will diese Arbeit eine bestimmte politische Konzeption und Praxis an ihrem eigenen Anspruch messen. Die beabsichtigte Evaluation der pronatalistischen Folgen und Wirkungschancen der „nachhaltigen“ Familienpolitik erfordert eine Vorgehensweise, die politikwissenschaftliche und familiendemographische Befunde aufeinander bezieht und in eine Gesamtsicht integriert. Dies erfordert *fünf Teile oder „Etappen“ der Arbeit*, die sich in ihrem Untersuchungsgegenstand, und diesem folgend auch in ihren methodischen Vorgehensweisen, unterscheiden.

Der erste Teil (*I. Nachhaltige Familienpolitik – Defamilialisierung als Paradigmenwechsel*) untersucht die nachhaltige Familienpolitik im Vergleich mit der

7 Vgl.: BMFSFJ/Bundesverband der deutschen Industrie (BDI)/Institut der deutschen Wirtschaft (IW): Bevölkerungsentwicklungsorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor, Berlin 2004.

8 Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Familienbericht, a. a. O., XXXV.

9 Renate Schmidt: Nachhaltige Familienpolitik, a. a. O., ebd.

10 Wörtlich hieß es hierzu: „Im Kontext unserer nachhaltigen Familienpolitik stellt die Erhöhung der Geburtenrate auf 1,7 bis 2015 ein realistisches Ziel dar.“ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.): Perspektive für eine nachhaltige Familienpolitik. Ergebnisse des Gutachtens von Eckart Bomsdorf, Berlin 2005. S. 3.

früheren westdeutschen Familienpolitik. Zentrale Quellengrundlage dafür sind regierungsamtliche Dokumente, die nach Überzeugung des Verfassers in der wissenschaftlichen Literatur bisher zu wenig Beachtung fanden. Für die Hermeneutik dieser Dokumente ist es unerlässlich, zwischen Stellungnahmen der Bundesregierung und den Positionen von Wissenschaftlern in regierungsamtlichen Publikationen zu unterscheiden. Was dies bedeutet, lässt sich am Beispiel der *Familienberichte der Bundesregierung* als zentraler Quelle erklären¹¹. Das übergreifende Leitthema des jeweiligen Berichts bestimmt die Bundesregierung, die dazu eine Kommission von Wissenschaftlern beruft. Diese Kommission erarbeitet dann unabhängig von Weisungen der Bundesregierung den Bericht, der zum einen den wissenschaftlichen Erkenntnisstand darstellt und zum anderen praktische Empfehlungen abgibt. Aus der Perspektive der Wissenschaft identifizieren die Berichte gesellschaftliche Problemlagen, kritisieren Defizite der bisherigen Politik und entwickeln Reformvorschläge. In ihrer Stellungnahme setzt sich die Bundesregierung mit dem Sachverständigenbericht auseinander; aus nahe liegenden Gründen versucht sie diese meist affirmativ aufzugreifen, mitunter artikuliert sie aber auch Distanz oder lehnt bestimmte Auffassungen explizit ab. Neben der prospektiven Auseinandersetzung mit den Berichtsempfehlungen, dient die Stellungnahme der Bundesregierung auch dazu, ihre bisherige und beabsichtigte Politik zu erläutern. Die Stellungnahmen zu den Familienberichten geben deshalb Auskunft darüber, was die Bundesregierungen familienpolitisch getan haben, was sie planten und wie sie ihre Politik verstanden wissen wollten. Im Vergleich zu anderen Regierungsverlautbarungen sind sie – als Antworten auf die Sachverständigenberichte – wesentlich systematischer angelegt als sonst übliche ad-hoc-Äußerungen, argumentieren reflektierter und geben so fundiert Auskunft über die Familienpolitik in Deutschland. An diesen Primärquellen muss sich die Sekundärliteratur zur (west)deutschen Familienpolitik messen lassen. Nicht selten tendiert sie dazu, die Beweggründe der früheren westdeutschen Familienpolitik auszublenden und diese stattdessen von ihren eigenen Axiomen ausgehend zu be- und verurteilen¹². Demgegenüber versucht diese Arbeit, die frühere Politik nicht allein an heutigen Maßstäben, namentlich der Gleichstellungspolitik, zu messen, sondern aus den dokumentierten Zielen der Akteure zu verstehen. Genauso muss natürlich auch die nachhaltige Familienpolitik aus ihrer eigenen Denklogik heraus begriffen werden. Sie findet sich argumentativ entfaltet in der Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Familienbericht, die als zentrale Programmschrift der neuen

11 Zu den Familienberichten hinzugezogen werden ergänzend auch der 11. und 12. Kinder- und Jugendbericht, die über das Kindheits- und Familienleitbild der nachhaltigen Familienpolitik Aufschluss geben. Für sie gelten die folgenden Ausführungen in analoger Weise.

12 Exemplarisch dafür: Ute Gerhard: Die neue Geschlechter(un)ordnung, a. a. O., S. 201.

Politik analysiert wird. Die Anatomie des Paradigmenwechsels erschließt sich aus dem Kontrast zur Stellungnahme zum Fünften Familienbericht, die als Schlüsseldokument zum Verständnis der früheren Politik dient. Neben solchen Quellen, die offizielle Positionen der Bundesregierung darstellen, werden punktuell auch Meinungsbeiträge handelnder Akteure herangezogen, die nähere Aufschlüsse über deren Anliegen und Motive geben. An die Ergebnisse der Dokumentenanalysen knüpfen die Überlegungen an, die Konzeption und Praxis der „nachhaltigen Familienpolitik“ gesellschaftstheoretisch und zeithistorisch verorten.

Der zweite Teil der Arbeit (*II. Fertilitätshemmnis Familialismus? Versuche die niedrige Fertilität in Deutschland zu erklären auf dem Prüfstand*) knüpft zunächst an die wissenschaftlichen Expertisen an, auf die sich die „nachhaltige“ Familienpolitik stützte. Es kennzeichnet diesen Paradigmenwechsel, dass seine Initiatoren großen Wert darauf legten, ihre Positionen wissenschaftlich zu untermauern. Eine besondere Rolle spielten dafür Expertisen des Familiensoziologen Hans Bertram, der die Sachverständigenkommission zum 7. Familienbericht leitete, sowie des langjährigen „Wirtschaftsweisen“ Bert Rürup¹³. Letzterer prägte mit seinem gleichnamigen Gutachten den Begriff „nachhaltige Familienpolitik“ (2003), begründete die neue Konzeption ökonomisch und entwarf die Elterngeldreform. Welche Rolle „Vordenker“ wie Bertram und Rürup für den Verlauf des Politikwechsels hatten, ob sie selber Einfluss auf diesen hatten oder ihn lediglich ex-post wissenschaftlich legitimierten, ist für die Fragestellung dieser Arbeit unerheblich. Entscheidend für diese ist, dass sich der pronatalistische Anspruch der neuen Politik auf ihre Argumente stützte. Hans Bertram wie auch Bert Rürup vertraten nun, wie bei Regierungsberatern zu erwarten, keine randständigen Positionen, sondern eher die „herrschende Lehre“ in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Nach Lesart des Verfassers hat diese Lehre der Bremer Soziologe Johannes Huinink mit seinen Überlegungen zur „Defamilialisierung“ in (post)modernen Gesellschaften besonders klar und prononciert formuliert. Ziel des zweiten Teils ist es zu untersuchen, ob dieses (vom Verfasser so genannte) „Defamilialisierungsparadigma“ die niedrige Fertilität in Deutschland plausibel erklären kann. Diese Fragestellung führt auf ein „weites Feld“, das sich im Rahmen dieser Arbeit nur mehr oder weniger „stichprobenartig“ durch Auswertungen und Sekundäranalysen empirischer Befunde und statistischer Daten erschließen lässt. Im Zentrum der, zugegebenermaßen eklektischen Feldexploration stehen Zusammenhänge zwischen der Ferti-

13 Vgl.: Hans Bertram et al.: Zeit, Infrastruktur und Geld: Familienpolitik als Zukunftspolitik, S. 6–15, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – 23-24/2005. Sandra Gruescu/Bert Rürup: Nachhaltige Familienpolitik, S. 3–5, ebd. Bert Rürup/Sandra Gruescu: Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2003.

lilität und sozialen Merkmalen, die sich je nach Betrachtungsebene unterschiedlich darstellen können. In besonderem Maße gilt dies für die Frauenerwerbstätigkeit, die im Zentrum der Expertisen zur „nachhaltigen“ Familienpolitik steht. Deren Befürworter beziehen sich vor allem auf Querschnittbetrachtungen zwischen europäischen Ländern, indem sie z. B. Deutschland und Frankreich in einem bestimmten Jahr vergleichen. Eine solche Betrachtungsweise blendet die Vorgeschichte des gegenwärtigen Fertilitätsniveaus aus und führt damit, dies ist die zentrale „epistemologische“ These dieser Arbeit, zu schwerwiegenden Fehlschlüssen. Fertilität und ihre Zusammenhänge mit sozialen Indikatoren müssen immer aus historischen Entwicklungspfaden heraus betrachtet werden; nur so lassen sich auch Widersprüche zwischen den Zusammenhängen auf der Mikro- und der Makroebene aufklären. Die Suche nach den Bestimmungsfaktoren der niedrigen Fertilität in Deutschland erfordert es deshalb, sich mit dem Wandel der generativen Verhaltensweisen auseinanderzusetzen, der sich in Europa seit den 1960er Jahren vollzieht.

In ihrem dritten Teil (*III. Kulturelle Defamilialisierung in (post)industriellen Gesellschaften*) knüpft die Arbeit dafür an die Theorie des „Zweiten Demographischen Übergangs“ an, die R. Lesthaeghe und Dirk van den Kaa seit den 1980er Jahren entwickelt haben. In der deutschen Forschung wurde dieses Konzept bisher nicht hinreichend rezipiert und reflektiert, obwohl Entwicklungen der letzten beiden Dekaden in Mitteleuropa, Südeuropa und Ostasien seine Annahmen und Voraussagen eindrucksvoll bestätigen. Der „zweite Geburtenrückgang“ in Europa erscheint aus dieser Perspektive als Aspekt (zugespitzt formuliert als „Epiphänomen“) einer Lebensformenrevolution, die sukzessive alle (post)industriellen Gesellschaften erleben. Im Zug dieser „sozialen Revolution“ (E. Hobsbawm) sinken praktisch überall die Geburtenraten auf ein Niveau unterhalb des Generationenersatzes. Trotz des universellen Geburtenrückgangs bleiben aber beträchtliche Niveauunterschiede zwischen den Industrienationen, die Lesthaeghe aus historisch gewachsenen Familienstrukturen heraus zu erklären versucht. Seine Überlegungen führen, zumindest bezogen auf Südeuropa, weiter als das „gängige“ Defamilialisierungsparadigma; warum die Geburtenraten in den deutschsprachigen Ländern aber niedriger sind als z. B. in Großbritannien, den Niederlanden oder den USA, kann auch dieser Ansatz nicht verständlich machen.

Warum das Geburtenniveau in Deutschland deutlich unter dem vergleichbarer Länder in Nord- und Westeuropa liegt, versucht der vierte Teil zu eruieren (*IV. Individuelle Biographien und kollektive Entwicklungspfade: die historische Kontingenz der niedrigen Fertilität in Deutschland*). Ausgangspunkt ist die These des Demographen Wolfgang Lutz von einer „Falle der niedrigen Fertilität“: Ihr zufolge befinden sich Länder wie Deutschland, Österreich oder Italien auf einem Pfad dauerhaft niedriger Fertilität, der insbesondere durch einen gesunkenen Kin-

derwunsch bedingt ist¹⁴. Den Defamilialisierungsparadigma folgend müsste der relativ niedrige Kinderwunsch durch institutionelle Bedingungen auf der Makro-Ebene bedingt sein. Genau dafür mangelt es aber an empirischer Evidenz; die Suche nach anderen Bestimmungsfaktoren führt auf die Mikro-Ebene der Individuen. Für den Kinderwunsch von Frauen und Männern sind, wie Bevölkerungsumfragen übereinstimmend zeigen, neben ökonomischen Bedingungen, auch kulturelle und religiöse Prägungen sowie besonders biographische Erfahrungen bedeutsam. Aus den individuellen Biographien, konkret vor allem den erlebten Familienstrukturen, ergeben sich kollektive Entwicklungspfade, die auch den relativ niedrigen Kinderwunsch auf der Makroebene erklären. Die Recherche auf diesen Pfaden führt zu einem Längsschnittvergleich der Fertilität in Industrieländern seit den 1960er Jahren, der eine „pfadabhängig“ niedrige Fertilität in Deutschland zeigt. Auf der Basis dieser historischen Verlaufsanalyse lässt sich, so die Annahme des Verfassers, der „Korridor“ eingrenzen, in dem sich der Einfluss der Familienpolitik auf die Geburtenentwicklung bewegt. Eine solche Vorgehensweise stößt auf den Einwand, bisherige Entwicklungen einfach fortzuschreiben und die Möglichkeit von Trendänderungen unberücksichtigt zu lassen. Dem Verfasser erscheint indes angesichts der empirischen Befunde der Schluss unausweichlich, dass Fertilitätstrends in hohem Maß „deterministisch“ vorbestimmt sind. Gleichzeitig ist er überzeugt, dass Sozialwissenschaftler falsifizierbare Aussagen treffen sollten. In diesem Sinne will sich diese Arbeit an ihren Aussagen zu den pronatalistischen Wirkungen des familienpolitischen Paradigmenwechsels messen lassen. Für eine solche Beurteilung reicht es allerdings nicht aus, die Wirkungschancen von Familienpolitik allgemein auszuloten; zu klären ist, inwiefern spezifisch die „nachhaltige Familienpolitik“ geeignet ist, die Geburtenneigung zu fördern.

Diesem leitenden Erkenntnisinteresse widmet sich der fünfte Teil der Arbeit (*V. Führt die „nachhaltige“ Familienpolitik zu höherer Fertilität?*). Er greift auf Erkenntnisse über Kinderwünsche und generatives Verhalten aus einschlägigen Bevölkerungsumfragen zurück, um zum einen generell die Chancen für ein höheres Geburtenniveau in Deutschland zu bestimmen. Zum anderen fragt er danach, inwiefern das Leitbild der „nachhaltigen“ Familienpolitik zu den Präferenzen und Lebensplanungen in der Bevölkerung passt. Beantworten soll diese Frage der Vergleich der Ziele dieser Politik mit den in einschlägigen Bevölkerungsumfragen (z. B. dem Generations and Gender Survey) erhobenen Präferenzen in der Bevölkerung. Über diese Kompatibilitätsprüfung untersucht die Arbeit auch die Wir-

14 Vgl.: Wolfgang Lutz: Wird die Geburtenrate in Europa weiter sinken? in: Charlotte Höhn/Jürgen Dorbritz (Hrsg.): Demographischer Wandel – Wandel der Demographie, Wiesbaden 2007, S. 183–200.